

MM Dienstag 17.August 2010-08-17
Seite 7 Wirtschaft
Bundeszuschuss
80 Milliarden für die Rente
Von Steffen Habit

Die Überschrift suggeriert dem Leser „ 80 Milliarden Bundeszuschuss für die Rente“. Da sollte man allerdings etwas genauer hinschauen.

In den letzten Jahren flossen im Durchschnitt statt 80 lediglich 56,4 Milliarden Bundesmittel in die Rentenkasse. Die von den Medien verbreitete Zahl ist irreführend und enthält noch andere vertraglich festgelegte Zahlungen des Bundes.

Trotzdem wären 56,4 Milliarden Zuschuss für die Rentenkasse immer noch ein gewaltiger Akt, wenn die Gelder nicht dazu benötigt würden, die Leistungen, die die gesetzliche Rentenversicherung für die Allgemeinheit zu tragen hat, auszugleichen. Wenn man jetzt noch berücksichtigt, dass diese 56,4 Milliarden bei weitem nicht ausreichen, alle versicherungsfremden Leistungen zu zahlen und zur Ergänzung dann Geld aus der Rentenkasse veruntreut wird, schaut das alles schon wieder anders aus. Bis heute wurden der Rentenkasse so über 600 Milliarden an Beitragsgeldern entzogen. Es findet derzeit eine gigantische Umverteilung zu Lasten von Arbeitnehmern und Rentnern statt. Nutznießer sind im wesentlichen Politiker, Beamte und Selbständige.

Außerordentlich erfreulich finde ich es, dass der Autor sogar erwähnt, dass die Rentenversicherung immer noch davon ausgeht, dass mit Beitragsgeldern gesellschaftliche Aufgaben finanziert werden. Dieser Betrug am Beitragszahler wurde von den etablierten Politikern bisher ja immer geleugnet, es wird Zeit, dass hier endlich ein Umdenken zu mehr Ehrlichkeit stattfindet .

Die im Artikel formulierte Frage „Und wenn der Bund den Zuschuss kürzt?“ solle es dann eine Rentenkürzung oder Beitragserhöhung geben, ist schlichtweg falsch gestellt und beruht auf dem herkömmlichen Muster.

Die Frage müsste heißen, was wäre, wenn der Bund die Kosten für die, von ihm zu verantworteten gesellschaftlichen Ausgaben, auch voll übernehmen müßte.

Dies würde nämlich bedeuten, dass Beiträge für die Rentenversicherung sofort um mindestens 8% gesenkt werden, oder aber die Renten entsprechend erhöht werden könnten. Was beides zu einer Erhöhung der Inlandsnachfrage und damit zur Steigerung des Wirtschaftswachstums beitragen würde.

Peter Rippler
Rentnerinnen und Rentnerpartei
KV-Erding